



Änderungsantrag

der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Humanitäre Flüchtlingspolitik beibehalten!

Drucksache 18/ 2332

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die Initiativen und den Einsatz der Landesregierung für ein stichtagunabhängiges Bleiberecht im Bundesrat. Der Landtag stellt fest, dass es kein Vollzugsdefizit bei Abschiebungen gibt.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, in der 29. Tagung des Landtags einen Bericht zur Integration von Flüchtlingen in das Bildungssystem vorzustellen. Dabei ist insbesondere darzustellen
 - wie möglichst schnell nach dem Eintreffen in Deutschland in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes mit der Vermittlung von Grundkenntnissen der deutschen Sprache, insbesondere für Kinder und Jugendliche, begonnen wird und

 - wie minderjährige Flüchtlinge frühzeitig in den Alltag in Schule, Kindergarten oder Ausbildung integriert werden und wie das Übergangsmanagement in Punkto Bildung bei der Vermittlung in die Kommunen organisiert wird.

Die Landesregierung soll auch darstellen, wie Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher in Schleswig-Holstein auf den Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen mit ihren spezifischen Problemen stärker vorbereitet werden können.

3. Die Landesregierung wird gebeten, darzustellen, inwiefern sie sich für eine Aufstockung des qualifizierten Personals beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereits einsetzt.
4. Wir brauchen eine gemeinsame europäische humane Flüchtlingspolitik, die nicht auf Abschottung, sondern auf Offenheit gegenüber Flüchtlingen ausgerichtet ist. Die Landesregierung wird gebeten, sich weiterhin auf Bundesebene für eine solche Flüchtlingspolitik einzusetzen.

Serpil Midyatli
und Fraktion

Eka von Kalben
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW